

7. September 2011

Medienmitteilung

Grüne fordern echte Perspektive fürs Baselbiet

Die Grünen Baselland lehnen das Entlastungspaket 12/15 in der vorliegenden Version ab. Die Grünen anerkennen jedoch, dass die Kantonsfinanzen ein strukturelles Defizit aufweisen und begrüssen deshalb grundsätzlich den Sparwillen der Regierung: Bereits 2009 haben die Grünen auf zukünftige Finanzprobleme hingewiesen und darum eine Finanzstrategie inklusive konkreter Massnahmen vorgeschlagen. Die Prioritäten des Entlastungspakets 12/15 jedoch sind falsch gesetzt. Die von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen in den Zukunftsbereichen Bildung, Umwelt und ÖV lehnen die Grünen ab.

Den Grünen fehlt der Ansatz des Prinzips „gouverner, c'est prévoir“ und der weitergehenden strukturellen Reformen. Die Grünen schlagen deshalb alternative Entlastungsmassnahmen im Umfang von 60 bis 90 Millionen vor und regen die Lancierung eines Entwicklungsprogramms fürs Baselbiet mit einem Volumen von ca. einer Milliarde an, damit nicht nur die Symptome, sondern die Ursachen der desolaten Kantonsfinanzen bekämpft werden.

Die Grünen unterstützten die im Entlastungspaket 12/15 vorgeschlagenen Effizienz steigernden Massnahmen, die auf eine Verbesserung der **Ertragsseite** zielen. Die Grünen begrüssen zudem den Versuch, die Finanzen nicht einseitig durch eine Erhöhung der Ertragsseite ins Lot zu bringen. Dennoch ist nicht nachvollziehbar, dass in der jetzigen Situation sogar noch weitere Steuererleichterungen geplant werden. Unerklärlich ist ebenfalls das Beibehalten der Bauspar-Steuerergünstigungen, die vom Bundesgericht als bundesrechtswidrig bezeichnet worden sind.

Die aktuellsten globalen Ereignisse verschlechtern die Aussicht auf die Kantonsfinanzen: Die globale Schuldenkrise wird Auswirkungen auf die Kantonsfinanzen haben, z.B. in Form vom Wegfallen möglicher Nationalbankgewinne. Der Fehlbetrag in der laufenden Rechnung dürfte deshalb für 2013/14 grösser ausfallen als bisher angenommen.

Entsprechend ist davon auszugehen, dass die Defizitbremse in den nächsten Jahren greifen und automatische Steuererhöhungen nach sich ziehen wird.

Das Entlastungspaket weist zudem keine zukunftsweisenden Ideen auf, wie im Kanton die Steuereinnahmen der juristischen Personen verbessert werden könnten. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Beitrag der juristischen Personen am Steuersubstrat des Kantons nicht mehr als 10% beträgt.

Die Grünen lehnen Massnahmen auf der **Aufgabenseite** beim Öffentlichen Verkehr sowie im Umwelt, Natur- und Landschaftsschutz sowie im Bildungsbereich ab, insbesondere bei der Volksschule und ihren direkten weiter führenden Schulen (BVS2, KVS, Gymnasium usw.). Siehe detaillierte Bemerkungen zu den einzelnen Massnahmen in der beiliegenden Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage des Entlastungspakets 12/15.

Die Grünen hinterfragen zudem kritisch jene Massnahmen, die von der Regierung mit dem Begriff „**Opfersymmetrie**“ angepriesen werden. Damit werden vor allem Massnahmen auf der Ausgabenseite bezeichnet. So bleibt beispielsweise unklar, worin die „Opfersymmetrie“ konkret bestehen soll, wenn die vorgeschlagenen Massnahmen in erster Linie ein Abbau des Angebots im ÖV zur Folge haben oder im Bereich der Ergänzungsleistungen gespart werden soll. Gänzlich absurd ist der Begriff der „Opfersymmetrie“ im Bereich der bildungspolitischen Sparmassnahmen: Die Verwaltungsämter (Amt für Volksschule, Stabsstelle Bildung) bleiben weitgehend verschont, Schüler/-innen der Volksschule hingegen müssen einen signifikanten Abbau und einen überproportional hohen Qualitätsverlust hinnehmen.

Auf der Suche nach Spareffekten suggeriert die Regierung, dass in der politisch heiklen Neuverhandlung von Staatsverträgen Einsparungspotenzial vorhanden sei. Auf der andern Seite werden wahre Synergien im Sparpaket ausgeblendet, die im Bereich der verstärkten kantonsübergreifenden Zusammenarbeit vorhanden wären.

Die Grünen schlagen **alternative Massnahmen** im Umfang von 60 bis 90 Millionen Franken vor, die nachhaltig sind und das strukturelle Defizit wirksam vermindern:

- Erhöhung der Abgeltung der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB);
- Aufhebung des Rabatts der Motorfahrzeugsteuer;
- Reduktion des Strassenunterhalts;
- Buchführung nach dem eidg. harmonisierten Rechnungsmodell HRM2 (Investitionspositionen in Investitionsrechnung statt Erfolgsrechnung);
- Vermeiden von Doppelspurigkeiten an den Kantonsspitalern und der Konzentration einzelner Disziplinen auf einen Standort;
- Strukturelle Anpassungen bei der Staatsanwaltschaft und beim Amt für Volksschule.

Die fehlende politische Gesamtschau des Entlastungspakets kommt auch darin zum Ausdruck, dass sämtliche Aspekte ausgespart bleiben, die dem Bereich der Investitionsrechnung zugeschlagen werden können. Dies ist unverständlich, denn es ist völlig klar, dass ein grosser Teil der aktuell geplanten Investitionen mittel- und langfristig auch den laufenden Haushalt des Kantons massiv belasten werden, allen voran der geplante Neubau des Kantonsspitals Bruderholz.

Eine nachhaltige Finanzstrategie für den Kanton bezieht auch die Investitionen mit ein. Die Grünen fordern darum mit Nachdruck ein **Entwicklungsprogramm** im Umfang von ca. einer Milliarde Franken, das nicht Symptome sondern die Ursachen der desolaten Kantonsfinanzen bekämpft. Es beinhaltet u. a. folgende Punkte:

- Beschleunigte Erschliessung von Salina Raurica per Tram;
- Einführung der Linie 16 ins Dreispitzgebiet;
- Bau eines Disziplinen-Spitals mit europäischer Ausstrahlung gemeinsam mit Basel-Stadt, bei gleichzeitiger Schliessung/Umwidmung der Spitäler Laufen, Bruderholz, (Felix Platter) und Ausbau des Kantonsspitals Liestal;
- Erschliessungsfonds für kantonale Wirtschafts-Schwerpunktgebiete (z.B. Salina Raurica, Birs-Ebene Münchenstein, Dreispitz, Aesch Nord, Hafen Birsfelden).

Ein gezieltes Investitionsprogramm, unter Berücksichtigung möglicher regionaler und kommunaler Synergien, könnte zusammen mit einer nachhaltigen Finanzstrategie zur mittel- bis längerfristigen Stärkung der Ertragskraft des Kantons beitragen und eine effizientere Leistungserbringung ermöglichen.

Kontakt

Philipp Schoch, Präsident Grüne Baselland: 078 608 50 64